

430216-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Planungsleistungen im Bauwesen – Errichtung eines Hortgebäudes im Hauptort Hösbach - HLS
OJ S 119/2026 24/06/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Markt Hösbach

E-Mail: poststelle@hoesbach.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Errichtung eines Hortgebäudes im Hauptort Hösbach - HLS

Beschreibung: Der Auftrag umfasst die Planungsleistungen Technische Ausrüstung nach § 53 ff HOAI in Verbindung mit Anlage 15 HOAI – HLS, ALG 1-3, Leistungsphasen 1-9 für die Errichtung eines Hortgebäudes im Hauptort Hösbach.

Kennung des Verfahrens: 7056f490-2659-4090-9d90-b9cb5c177066

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Aschaffenburg, Landkreis (DE264)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Der Bewerber wird darauf hingewiesen, dass Antworten auf gestellte Fragen im Zuge des Teilnahmewettbewerbs (Bewerbungsverfahren) auf <http://www.staatsanzeiger-eservices.de/> eingestellt werden. Der Bewerber hat sich eigenverantwortlich laufend darüber zu informieren. Fragen zu den Unterlagen dürfen nur über das Onlineportal <http://www.staatsanzeiger-eservices.de/> gestellt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers. Sämtlicher Schriftverkehr an Arbeitsgemeinschaften wird ausschließlich über die in der Vergabepattform von der Arbeitsgemeinschaft bekannt gegebene E-Mail-Adresse geführt. Angaben zur Verhandlung: Unter Umständen fordert der öffentliche Auftraggeber die Bieter auf, ein finales Angebot (oder auch nur Teile des Angebotes) nach Verhandlung

einzureichen. Gemäß EU-Verordnung 2022/576 ist es erforderlich, eine Eigenerklärung zum Russlandbezug abzugeben. Bindefrist: Das Angebot muss 3 Monate gültig bleiben (ab dem Schlusstermin des Eingangs des Angebots).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Betrug: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher

Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Durch Beiblatt A in Bezug auf § 123 und 124 GWB zu bestätigen.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Errichtung eines Hortgebäudes im Hauptort Hösbach

Beschreibung: Zur Sicherstellung des Ganztagsanspruchs plant der Markt Hösbach die Errichtung eines Hortgebäudes an der Schöllkrippener Straße im Hauptort Hösbach. Es ist vorgesehen, den Betrieb über den St. Michael-Verein als Träger sicher zu stellen, der aktuell die Mittagsbetreuung im Schulgebäude gewährleistet. Aufgrund der wachsenden Schülerzahlen sowie den ansteigenden Betreuungszahlen ist eine Bedarfsgerechte Betreuung erforderlich, die im Schulgebäude allein nicht mehr gewährleistet werden kann. Es ist vorgesehen, die Mittagsbetreuung in das neu zu errichtende Hortgebäude zu verlagern. Im Rahmen der Grundlagenplanung wurde im Jahr 2022 eine Standortanalyse erstellt. Auf Basis dieser hat der Marktgemeinderat die Weiterverfolgung des Standorts an der Schöllkrippener Straße beschlossen. Gegenüber der Standortanalyse haben sich zum jetzigen Vorhaben folgende Änderungen ergeben: - Reduzierung der Fläche um eine Krippengruppe und 1 Kindergartengruppe - Reduzierung der Hortkinder von 125 auf 120 - Flächenreduzierung um den Krippen- und Kindergartendarf Geplant ist das Hortgebäude ausgelegt auf 120 Hortkinder mit Ausgabeküche, Speisesaal und Nebenräumen sowie Verkehrsflächen. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Schöllkrippener Straße; die fuß-läufige Anbindung der Kinder von der Schule ist über den rückwärtigen Bereich vorgesehen. Das Projekt soll unter Inanspruchnahme von FAG-Zuschüssen sowie dem Landesförderprogramm Ganztagesausbau erfolgen. Geplanter Baubeginn 01.09.2027 Geplante Baufertigstellung 31.12.2029

Interne Kennung: HLS

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Stufe 1 - LPH 1-2 Stufe 2 - LPH 3-4 Stufe 3 - LPH 5-7 Stufe 4 - LPH 8-9 Die Beauftragung erfolgt stufenweise, zunächst für die Stufe 1. Es ist beabsichtigt, weitere Stufen zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Stufen 2-4 besteht jedoch nicht.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Aschaffenburg, Landkreis (DE264)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/09/2027

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Die fristgerechte Vorlage (Abgabe mit Teilnahmeantrag) der geforderten Nachweise, Erklärungen und der vollständig ausgefüllte Bewerbungsbogen (rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle, technische, berufliche Leistungsfähigkeit, Teilnahmebedingungen) in Textform. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, maximal 2 Punkte. Technische Leistungsfähigkeit Bürokapazität, Personalstärke, durchschnittliche Anzahl der festangestellten Beschäftigten in den letzten 3 Jahren mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung, maximal 2 Punkte. Referenzen Referenzen für Aufträge nach HOAI § 53 ff in Verbindung mit Anlage 15 bei denen die Leistungsphase 8 im Zeitraum von 07/2016 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung abgeschlossen wurde. Es können maximal 5 Referenzen eingereicht werden, es müssen jedoch mindestens 2 wertbare Referenzen abgegeben werden, um im weiteren Verfahren Berücksichtigung zu finden. In die Bewertung werden jedoch nur die drei Referenzen mit der höchsten Punktzahl einbezogen (siehe Formblatt Eignungskriterien Teilnahmewettbewerb). Der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte einzuholen. Beim Kriterium Referenzen können maximal 33 Punkte erreicht werden. Soweit die Mindestanforderungen erfüllt sind, ist die Rangfolge der erreichten Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Bewertung erfolgt nach folgender Aufstellung: maximale Punktzahl/Gewichtung/erreichte Punktzahl. Sofern mehrere Bewerber die Kriterien in gleichem Maße erfüllen, entscheidet gemäß § 75 (6) VgV das Los. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Für den Teilnahmeantrag ist ein Bewerbungsbogen zu verwenden, der unter <http://www.staatsanzeiger-eservices.de/> heruntergeladen werden kann. Zur Angabe der Nachweise ist der Bewerbungsbogen vollständig ausgefüllt in Textform mit Angabe des Namens der natürlichen Person einzureichen. Geforderte Nachweise sind: Soweit der Bewerber eintragungspflichtig ist: Auszug aus dem entsprechenden Register (z. B. Handelsregister) nicht älter als 12 Monate bezogen auf das Datum der Absendung der Bekanntmachung oder dem vergleichbaren Register des Heimatlandes des Bewerbers (ggf. in Kopie). Erklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe gegen ihn vorliegen gemäß §§ 123 und 124 GWB. Die vollständigen, abschließenden Anforderungen bzw. Bedingungen ergeben sich ausschließlich aus den Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers für mit der hier ausgelobten Leistung vergleichbare Leistungen in Euro/netto im Durchschnitt der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre max. 2 Punkte bei ≥ 100.000

EUR netto. Bei Arbeitsgemeinschaften ist die Eigenerklärung von jedem Mitglied der ARGE einzeln anzugeben. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung durch Vorlage einer gültigen Versicherungsbestätigung bezogen auf den Tag der Abgabe des Teilnahmeantrags oder eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens über die geforderte Deckung für das ausgelobte Projekt im Auftragsfall. Bei Arbeitsgemeinschaften muss eine Versicherung für alle ARGE-Mitglieder gemeinsam nachgewiesen werden. Die Bestätigung muss also gerade auf die Bietergemeinschaft lauten. Alternativ kann jedes ARGE-Mitglied alleine eine Versicherung in der geforderten Höhe nachweisen, jedoch muss jeder Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die Tätigkeit der ARGE gesamtschuldnerisch mitversichert ist. Des Weiteren muss der Versicherungsbestätigung entnommen werden können, dass die geforderten Deckungssummen mindestens 2-fach pro Jahr zur Verfügung stehen. Die geforderten Mindestdeckungssummen belaufen sich für Personenschäden auf ≥ 3 Mio. EUR, für sonstige Schäden auf $\geq 1,5$ Mio. EUR. Sollten die Nachweise nicht entsprechend vorgelegt werden, erfolgt ein Ausschluss aus dem weiteren Verfahren. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden entsprechende Formblätter mit den Ausschreibungsunterlagen zur Verfügung gestellt. Durchschnitt der in den letzten 3 Jahren festgestellten Beschäftigten mit Bezug auf die für die Leistung relevante Abteilung max. 2 Punkte bei ≥ 5 festgestellten Mitarbeitern.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Referenzen (die Angaben sind im Formblatt B zu machen), Referenzportfolio, Kontaktdaten des Auftraggebers, Auskunftsstelle, Art des Auftraggebers (informelle Angaben), Abschluss der Leistungsphase 8 zwingend im Zeitraum von 07/2016 bis zum Tag der Absendung der Bekanntmachung, geplante Anlagengruppen (max. 2 Punkte bei ALG 1-3), erbrachte Leistungsphasen gemäß HOAI (max. 2 Punkte bei LPH 2-8), Gegenstand des Auftrags bei Neubau eines Gebäudes max. 2 Punkte, Projektgegenstand nach HOAI § 53 ff in Verbindung mit Anlage 15 für TGA mit Planungsanforderungen von mindestens Honorarzone II oder höher (max. 1 Punkt), Angabe der Größenordnung des Projektes (Bruttogeschossfläche in qm), bei Größenordnungen von ≥ 1.000 qm (max. 3 Punkte), für Baumaßnahmen an Ganztagsbetreuung, kooperativer Ganztags, Hort, Kindergarten-Krippe, Grundschule (max. 1 Punkt). Auch bei Bewerbung als Arbeitsgemeinschaft können in Summe nur maximal 5 Referenzprojekte (Formblatt B) eingereicht werden. Die drei besten (höchste erreichte Punktzahl) Referenzen werden gewertet.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur/in zu tragen oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur/in tätig zu werden. Die verantwortlichen Planer müssen über eine angemessene Berufserfahrung verfügen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine/n entsprechende/n Ingenieur/in benennen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Qualität

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Preis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://www.staatsanzeiger-eservices.de/aJs/EFFormsBekVuUrl?z_param=327295

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.staatsanzeiger-eservices.de/>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, im Teilnahmeantrag fehlende und unvollständige Erklärungen und Nachweise innerhalb einer zu bestimmenden Nachfrist nachzufordern. Ein Anspruch der Bewerber, dass der Auftraggeber von der Nachforderungsmöglichkeit Gebrauch macht, besteht nicht. Unklare, widersprüchliche oder fehlende Angaben des Bewerbers in den Bewerbungsunterlagen gehen zulasten des Bewerbers.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Nordbayern - Regierung von Mittelfranken

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit: - der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe, - der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Markt Hösbach

Registrierungsnummer: DE132114630

Stadt: Hösbach

Postleitzahl: 63768

Land, Gliederung (NUTS): Aschaffenburg, Landkreis (DE264)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@hoesbach.bayern.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Nordbayern - Regierung von Mittelfranken

Registrierungsnummer: DE811335517

Stadt: Ansbach

Postleitzahl: 91522

Land, Gliederung (NUTS): Ansbach, Kreisfreie Stadt (DE251)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.nordbayern@reg-mfr.bayern.de

Telefon: 000

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8196355e-b1aa-41a3-b210-31cd758b07bd - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 19/06/2026 16:09:26 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 430216-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 119/2026
Datum der Veröffentlichung: 24/06/2026